

nungsträger ersetzt, die nämlich im Unterschied zur politischen Führung für die nationale Vereinigung eintraten.

Nur am Rande (116-118, 135-138) wird der für das Argument der „infrastructural capacity“ entscheidende Punkt diskutiert: die Konstitutionalisierung des politischen Lebens und die Partizipation der Bürger. Die Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen löste eine nie dagewesene Ressourcensteigerung gegenüber dem semiabsolutistischen Staat aus, der ohne Partizipation auskam. Dieser Punkt wird viel zu wenig beachtet. Nicht die Größe ist also das Entscheidende, sondern die Form der Loyalitätsproduktion. Für Historiker besonders ärgerlich ist das methodische Vorgehen des Verfassers. So differenziert und entschlossen er seine politikwissenschaftlichen Modelle auch vorstellt, bei ihrer Überprüfung beschränkt er sich auf historisch undifferenzierte Befunde von „yes“ und „no“ (so die Übersicht in Appendix B). Alle Koeffizientenberechnungen sind Augenwischerei, wenn die Basisdaten durch mehr oder weniger willkürliche und unbegründete Zuordnung einzelner Teilstaaten zur Nationalbewegung auf einer Skala zwischen eins und sechs vorgenommen werden (84, Tabelle 5.1, und 113, Tabelle 6.1). Die meisten dieser Daten bieten Anlass zum Disput. Für den Autor erzeugen sie eine Scheinobjektivität, die von Historikern schon lange nicht mehr geteilt wird. Methodisch ergibt sich aus diesem ärgerlichen Buch eine Forderung: „Comparative politics“ und historische Soziologie verfehlen ihren Gegenstand, wenn sie nicht den aktuellen historischen Kenntnisstand und dessen methodische Differenzierung zugrunde legen.

EUROPÄISCHE UNION

Alberto Alesina, Francesco Giavazzi: The Future of Europe: Reform or Decline. Cambridge MA: MIT Press 2006, 172 S., \$ 24,95.

Marius R. Busemeyer

Der Titel des Bandes von *Alesina* und *Giavazzi* suggeriert schon vor dem Lesen, dass es sich bei „The Future of Europe: Reform or Decline“

um ein provozierendes Buch handelt. Sein Anspruch ist es, aus der Perspektive zweier renommierter Wirtschaftswissenschaftler mit beruflichen und privaten Erfahrungen auf beiden Seiten des Atlantiks eine kritische Einschätzung des gegenwärtigen Entwicklungspfades der Länder Westeuropas zu geben. Dabei wird auf Erkenntnisse und Forschungsergebnisse akademischer Debatten zurückgegriffen und der Versuch unternommen, diese in die allgemeine politische Debatte einfließen zu lassen. Insofern muss der Autor einer Rezension dieses Werkes immer zwei Dimensionen im Blick haben: Zum einen geht es um die Beurteilung der „Übersetzungsleistung“, zum anderen aber auch um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den zentralen Thesen des Buches.

In Bezug auf die erste Dimension – die „Übersetzung“ der akademischen Debatte in den politischen Diskurs – muss man *Alesina* und *Giavazzi* loben. Das Buch ist sehr klar geschrieben, verwendet oft anschauliche Beispiele und hat eine klare Aussage: Europa muss sich reformieren und sich dabei im Prinzip am US-amerikanischen Vorbild orientieren, sonst wird es im Zuge des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs zwangsläufig zurückbleiben. Dabei handelt es sich nach *Alesina* und *Giavazzi* nicht unbedingt um einen steilen Abstieg in Armut, sondern vor allem um einen relativen Niedergang. Der Lebensstandard werde weiterhin gut bleiben, nur mit der Einschränkung, dass der Lebensstandard in anderen Ländern noch viel besser sein werde (5).

Im Verlauf des Buches setzen sich die Autoren in mehr oder weniger systematischer Weise mit verschiedenen Aspekten des Arguments auseinander. Zunächst zeigen sie, dass die USA und Europa verschiedene Wohlfahrtsmodelle verfolgen (Kapitel 1). Als wesentliche Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungspfade wird zum Einen die in Europa, aber nicht in den USA bestehende Tradition des „Marxismus“ genannt (23), die ein Denken in Klassenkategorien und wohlfahrtsstaatliche Politik begünstigt habe. Hinzu komme zum Anderen ein hoher Grad an ethnischer Heterogenität in den USA, der dort die Entstehung eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates erschwert, in ethnisch homogenen europäischen Ländern aber begünstigt habe (Kapitel 2). Anhand einiger interessanter Daten zeigen die Autoren weiterhin, dass Europäer weniger arbeiten als US-Ameri-

kaner, und meinen, dass dieser Faktor zu einem großen Teil erklären könne, warum Europa beim Wirtschaftswachstum hinter den USA zurückbleibt (Kapitel 3). Die Autoren zeigen auch, dass Europäer und US-Amerikaner mit dem jeweiligen Status quo recht zufrieden sind, aber: „What will become of Europeans who choose to work less and less, to retire early, to eschew work, thereby raising taxes that pay for an expensive welfare state, and to opt for politicians that discourage innovation and impede productivity? They will become poorer and poorer relative to harder working societies. As long as this is well understood ... Europe, enjoy your holidays!“ (56).

Im Anschluss diskutieren die Autoren verschiedene Aspekte europäischer Politik, die sie für problematisch halten, wie zum Beispiel die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern (Kapitel 4), der Zustand europäischer Universitäten (Kapitel 5), die Förderung von „national champions“ durch staatliche Subventionen (Kapitel 6), Interessengruppen und Lobbying (Kapitel 7), das Justizsystem (Kapitel 8), Finanzmärkte (Kapitel 9), die Entwicklung der Europäischen Union (Kapitel 10), den Euro (Kapitel 12) sowie die Haushaltspolitik (Kapitel 13). Die Vielzahl und Breite der abgedeckten Themen ist beeindruckend, führt aber zwangsläufig zu einer oftmals oberflächlich bleibenden Abhandlung der einzelnen Bereiche.

Als Stärke des Buches kann sicherlich gelten, dass Alesina und Giavazzi mit ihrer langjährigen Erfahrung als Akademiker und Politikberater auf beiden Seiten des Atlantiks eine potentiell ausgewogene und umfassende Perspektive bieten können. Inhaltlich überzeugt vor allem die kritische Diskussion der Entwicklung der europäischen Universitätslandschaft. Hier argumentieren die Autoren, dass weniger die mangelnde Ausstattung der Universitäten mit öffentlichen Mitteln das entscheidende Problem sei als vielmehr ausbleibende Strukturreformen (77). Sie gehen allerdings nicht auf die neueste, durch den Bologna-Prozess ausgelöste Reformbewegung ein. Die Autoren kritisieren weiterhin das Insider-Outsider-Problem, das vor allem auf den regulierten Arbeitsmärkten Europas auftreten kann, mit negativen Folgeerscheinungen für die Beschäftigungsperspektiven von Gruppen wie Jüngeren, Älteren oder Frauen, die von einem stratifizierten Ar-

beitsmarkt besonders benachteiligt werden (Kapitel 4). Auch ist die Kritik an der Subventionspolitik für „national champions“, die tendenziell unproduktive Unternehmen fördert und „kreative Zerstörung“ à la Schumpeter erschwert, nicht ganz unberechtigt (Kapitel 6).

Die größte Schwäche des Buches ist seine Einseitigkeit und Oberflächlichkeit. Wenn gleich im Hinblick auf die Lösung des „Übersetzungsproblems“ eine Zuspitzung der Argumentation und die selektive Wiedergabe von akademischen Debatten zulässig sind, wäre eine tiefgründigere Auseinandersetzung mit den Themen angesichts des mit 172 Seiten sowieso recht kurz ausgefallenen Werkes möglich gewesen. Die Einseitigkeit des Buchs fällt in mehrer Hinsicht auf: Erstens werden akademische Debatten nur sehr ausschnittsartig wiedergegeben. Manchmal bekommt der Leser den Eindruck, als werde ein Thema nur deshalb relevant, weil sich einer der Autoren (oder Kollegen) in Form eines akademischen Papiers damit bereits auseinandergesetzt hat. Dadurch wird dem mit den akademischen Debatten weniger vertrauten Leser die Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und normativem bzw. subjektivem Argument erschwert, so dass wissenschaftlich Umstrittenes leicht als unumstößliche Wahrheit präsentiert werden kann. Die zentralen Aussagen und Empfehlungen des Werkes reflektieren nicht den Forschungsschritt, den die um den Institutionalismus angereicherte vergleichende politische Ökonomie in den letzten fünfzehn Jahren in der Debatte um die Diversität kapitalistischer Wirtschaftssysteme gemacht hat, sondern lesen sich wie Beiträge aus den Hoch-Zeiten des Neoliberalismus und Thatcherismus der 1980er Jahre. Diese Einseitigkeit fällt letztlich auf Alesina und Giavazzi zurück. Deren Argumentation hätte mehr Glaubwürdigkeit erfahren können, wenn sie der Debatte um die „Varieties of Capitalism“ deutlicher entgegengetreten wären.

Zweitens konzentrieren sich Alesina und Giavazzi auf die Schwächen Europas. Sie vergleichen nicht die Schwächen Europas mit denen der USA (obwohl sie eingestehen, dass zu hohe soziale Ungleichheit negative Folgeerscheinungen produzieren kann, und der europäische Wohlfahrtsstaat in dieser Hinsicht Vorteile hat). Sie wägen auch nicht die Stärken und Schwächen Europas gegeneinander ab. Die anekdotische Evidenz, die präsentiert wird,

stammt hauptsächlich aus Italien und Frankreich. Beträchtliche Unterschiede in der Reformfähigkeit europäischer Staaten werden vernachlässigt und ausgeblendet; es finden sich nur gelegentliche Hinweise, dass die skandinavischen Staaten in vielen Bereichen etwas besser dastehen. Vor dem biographischen Hintergrund der Autoren ist es verständlich, dass Italien eine große Rolle spielt und sich hier viel von dem „Reformfrust“ entlädt. Jedem, der sich mit der Reformfähigkeit europäischer Staaten auseinandergesetzt hat, dürfte aber klar sein, dass Italien ein besonders reformunfreudiger Staat ist und nicht als repräsentativ für Europa gelten kann.

An einigen Stellen, so muss leider festgehalten werden, ist die Argumentation so oberflächlich und ökonomistisch, dass sie ins Abstruse abdriftet. So wird beispielsweise argumentiert, dass hohe Militärausgaben wesentlich zur höheren Innovationsfähigkeit US-amerikanischer Universitäten beigetragen hätten (77 f.), während europäische Universitäten generell zu wenig private Mittel eintreiben könnten und öffentliche Forschungsförderung im Allgemeinen ineffizient sei (dies gilt offensichtlich nicht für militärische Forschung). Ein zweites Beispiel ist die Argumentation, dass Stadtplanung in Europa die Errichtung von außerstädtischen Einkaufszentren ermögliche, dabei vorgebe, die „Schönheit“ europäischer Städte zu schützen, in Wirklichkeit aber die Insider-Interessen von kleinen Einzelhändlern auf Kosten der Verbraucher begünstige (80 f.).

Gänzlich unberücksichtigt bleibt die Meta-Frage nach der Sinnhaftigkeit wirtschaftlichen Wachstums. Alesina und Giavazzi wollen Europa dazu bringen, wieder so zu wachsen wie die USA. Man könnte auch anders herum argumentieren und fragen, warum die USA sich nicht stärker an dem nachhaltigeren Lebensstil der Europäer orientieren sollten. Die Stärken Europas in Bezug auf Ansätze einer effektiven Klimapolitik sowie einer Stadt- und Infrastrukturplanung, die langfristig die Abhängigkeit vom Auto verringert, werden somit gar nicht gesehen. Eine intensive und ernste Auseinandersetzung mit diesen eher auf einer fundamentalen Ebene ansetzenden Punkten hätte das Argument des Buches glaubwürdiger erscheinen lassen können.

Stijn Smismans (ed.): *Civil Society and Legitimate European Governance*. Cheltenham (UK)/Northampton (USA): Edward Elgar 2006, 336 S., £ 75,-.

Thorsten Thiel

Die Zivilgesellschaft gilt in Politik und Wissenschaft als Heilmittel für manchen Missstand. Nicht zuletzt soll sie in jene Bresche springen, die in der Europäischen Union unter dem Schlagwort „Demokratiedefizit“ verhandelt wird. Das 2001 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Weißbuch „Europäisches Regieren“ unterstreicht dies ebenso wie die rasant wachsende Zahl von Publikationen, die Art und Weise sowie Wirksamkeit und Wünschbarkeit des Einflusses zivilgesellschaftlicher Akteure auf Steuerungsprozesse im Mehrebenensystem zu ermitteln versuchen. Gesucht wird ein Konzept, welches einerseits den komplexen Anforderungen modernen Regierens, andererseits dem Postulat der Selbstgesetzgebung gerecht wird. Aller Betriebsamkeit zum Trotz stehen aber sowohl die normativen als auch die analytischen Bemühungen noch am Anfang. Es bedarf der Synthese, die die Puzzlestücke aus Empirie und Theorie zusammenführt. Der von *Stijn Smismans* herausgegebene Sammelband „Civil Society and Legitimate European Governance“ stellt sich dieser Herausforderung, wenn er auch nicht vorgibt, sie alleine meistern zu können. Der Band, der auf einen Pariser Workshop aus dem Jahr 2003 zurückgeht, blickt aus drei Perspektiven auf seinen Gegenstand: demokratietheoretisch, juristisch und von den konkreten Politiken her.

Im Theorieteil geht es vornehmlich um das richtige Verhältnis von zivilgesellschaftlicher Partizipation und repräsentativen Institutionen. Dabei wird ein Modell von Zivilgesellschaft vertreten, das von der für den Nationalstaat formulierten Zentrum-Peripherie-Konstruktion abweicht. Letzterer zufolge ist die Zivilgesellschaft unabhängig, steht aber außerhalb des repräsentativ-demokratisch legitimierten Entscheidungszentrums. In der europäischen Konstellation ist es nach Ansicht der Sammelbandautoren jedoch angemessener, die Zivilgesellschaft als intermediäre Sphäre zu verstehen, welche direkten Anteil an Governanceleistungen nehmen will, kann und muss. *Paul Magette* und *Kenneth A. Armstrong* arbeiten in